

Antrag der AfD Fraktion Ludwigshafen; Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Normenkontrollverfahren in Sachen „Kommunaler Finanzausgleich,,

KSD 20140565

**Antrag 03/2014
Beitritt zum Normenkontrollver-
fahren „Kommunaler Finanzaus-
gleich“**

**AfD-Fraktion Ludwigshafen
Moltkestr. 8
67059 Ludwigshafen**



AfD-Fraktion · Moltkestr. 8 · 67059 Ludwigshafen

Jörg Matzat · Fraktionsvorsitz
Norbert Grimmer · Stv. Vorsitz
Andreas Hofmeister · Stv. Vor-

sitz

Andreas Kühner · Geschäfts-

führer

Oliver Sieh

An Frau
Oberbürgermeisterin
Dr. Eva Lohse

Ludwigshafen, 02.12.2014

Antrag zur Stadtratssitzung am 15.12.2014

der AfD-Fraktion Ludwigshafen

**Titel: Beitritt der Stadt Ludwigshafen zum Normenkontrollverfahren in Sachen
„Kommunaler Finanzausgleich“**

Sehr geehrte Frau Dr. Lohse,

die Stadtratsfraktion der AfD stellt folgenden Antrag:

**Der Stadtrat der Stadt Ludwigshafen möge beschließen, dass sich die Stadt Ludwigs-
hafen dem Normenkontrollverfahren (sogenannte Kommunale Verfassungsbeschwer-
de) gegen die im Gesetz vom 08.10.2013 (GVBI S. 349) in Verbindung mit dem Landes-
haushaltsgesetz 2014/2015 (GVBI S. 515) getroffene Neuregelung durch Einreichung
einer eigenen Klage beitrifft.**

Begründung:

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hatte mit Urteil vom 14. Februar 2012 (Az.: VGH N 3/11) die Verfassungswidrigkeit zentraler Bestimmungen über die Finanz-
ausgleichsmasse und die Schlüsselzuweisungen in 2007 und Folgejahre festgestellt. Es hat-
te den Landesgesetzgeber verpflichtet, bis spätestens 01. Januar 2014 eine verfassungsge-
mäßige Neuregelung zu treffen. Dies ist leider nicht erfolgt.

Der LK Südliche Weinstraße sowie die Kommunen Stadt Pirmasens, Ortsgemeinde Lünebach sowie VG Arzfeld haben kommunale Verfassungsbeschwerde eingereicht mit dem Ziel, die Neuregelung ebenfalls als verfassungswidrig feststellen zu lassen.

Mittlerweile hat sich sowohl die Stadt Kaiserslautern, als auch der LK Bernkastel-Wittlich der Klage des LK Südliche Weinstraße angeschlossen.

Die Stadtratsfraktion der AfD ist der Auffassung, dass unsere Stadt als zweitgrößte Kommune in Rheinland-Pfalz den Bemühungen der klagenden Kommunen nicht nur Beifall zollen sollte.

Vielmehr sollte die Stadt Ludwigshafen als eine der höchstverschuldeten Kommunen in Deutschland bereits aus diesem Grund mit der Klageeinreichung ein „deutliches Zeichen setzen“, um eine bedarfsgerechte kommunale Finanzausstattung zu erreichen.

Bekanntermaßen ist unsere Oberbürgermeisterin Frau Dr. Lohse seit 2013 Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages und - wie der Presse zu entnehmen war - in baldiger Zukunft wohl sogar Präsidentin.

Eine zentrale Forderung dieses Verbands ist folgende:

„Die Städte müssen handlungsfähig bleiben, denn sie erbringen einen Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Um hierbei wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, sollten Bund und Länder die Städte als Partner begreifen. Für die Aufgabe der Kommunen muss die Finanzierung gesichert sein.“

(Quelle: Deutscher Städtetag, „Finanzbeziehungen neu regeln, Städte stärken“, Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2014, S.26)

Die AfD-Fraktion verspricht sich mit einer solchen medienwirksam begleiteten Klageeinreichung eine deutliche Signalwirkung gegenüber Land, Bund und allen Kommunen sowie eine Erhöhung des politischen Drucks, um einer aufgabengerechten Finanzierung kommunaler Aufgaben und damit dem Konnexitätsprinzip zum Durchbruch zu verhelfen.

Lassen Sie uns angesichts der prekären Haushaltssituation in Ludwigshafen und der düsteren Aussichten einer bilanziellen Überschuldung in wenigen Jahren aufgrund sich verstetigender struktureller Defizite jede Möglichkeit auf jeder Ebene nutzen, die zu einer Besserung der gegenwärtigen Situation führen kann. Der Worte sind genug gemacht, lassen Sie uns alle zusammen Taten folgen.

Jörg Matzat
Fraktionsvorsitzender